

**Einfache Anfrage Sarbach-Wil / Müller-Lichtensteig / Cavelti Häller-Jonschwil:
«Entwicklung der Sonderpädagogikkosten – es braucht Alternativen**

Am 21. August 2018 beantwortete die Regierung die Interpellation 51.18.61 «Entwicklung von sonderpädagogischen Massnahmen, Repetition von Klassen und Schulabbrüchen in der Volksschule». Der jährliche Aufwand für sonderpädagogische Massnahmen bei Schülerinnen und Schülern in der Regelschule betrug im Schuljahr 2016/2017 rund 100 Mio. Franken. Betroffen waren 15,6 Prozent der Gesamtschülerzahl gemäss damaliger Rückmeldung der Regierung. Hinzu kommen diejenigen in Sonderschulen (rund 2,5 Prozent). Gesamthaft war also jede oder jeder Sechste betroffen. Inzwischen sind knapp sieben Jahre vergangen und die Zahlen können aktualisiert werden. Diese könnten Aufschluss darüber geben, ob die Integrationsmassnahmen der Schulträger die gewünschte Wirkung zeigen.

Den Unterzeichnenden dieses Vorstosses geht es nicht per se darum, Kosten einzusparen. Auch zielt dieser nicht darauf ab, staatliche Schulen zu schwächen. Vielmehr müssen Überlegungen angestellt werden, wie das Schulsystem als Ganzes weiterentwickelt und echte Chancengerechtigkeit garantiert werden können. Die Gesellschaft diversifiziert sich immer mehr und damit auch die Schülerinnen und Schüler. Studien und zahlreiche Medienberichte zeigen deutlich, dass das herkömmliche Schulsystem nicht allen Kindern gerecht zu werden vermag. So fehlt es an Sonderschulplätzen und insbesondere an spezifischen Beschulungsmöglichkeiten für Kinder mit Autismus-Spektrum-Störungen (ASS), aber bspw. auch an Angeboten für Kinder mit Seh- oder Hörbehinderung. Es braucht, zumindest für eine Minderheit, individuellere Lösungen mit anderen pädagogischen Angeboten und Schwerpunkten. Eine Möglichkeit, diesen Herausforderungen zu begegnen, wäre z.B. die Zusammenarbeit mit «Freien Schulen» (öffentliche Schulen mit privatrechtlicher Trägerschaft und spezifischen pädagogischen Konzepten), welche durch den Kanton beaufsichtigt werden und an klare Auflagen gebunden sind.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler benötigten sonderpädagogische Massnahmen in der Regelschule in den Schuljahren von 2017/2018 bis 2024/2025? Wie hoch sind die dadurch verursachten zusätzlichen Kosten?
2. Wie viele Schülerinnen und Schüler werden derzeit in staatlichen Sonderschuleinrichtungen unterrichtet? Wie haben sich die Zahlen in den letzten Schuljahren verändert?
3. Wie viele Kinder im Volksschulalter besuchen private Schulangebote (durch die Eltern finanziert)? Wie häufig und in welchem finanziellen Umfang beteiligen sich öffentliche Schulträger an den Kosten für den Besuch privater Schulangebote im Volksschulalter?
4. Sollten die Sonderschulquoten nicht gesunken sein: Sieht die Regierung eine Möglichkeit, «Freie Schulen» unter spezifischen Bedingungen als Teil des (Sonder-)Schulangebots zu berücksichtigen?
5. Welche anderen Möglichkeiten sieht die Regierung, das bestehende Schulsystem weiterzuentwickeln, damit mehr Schülerinnen und Schüler in Regelklassen unterrichtet werden können?
6. Teilt die Regierung die Einschätzung, dass nichtstaatliche Schulen («Freie Schulen») – mit anderen pädagogischen Konzepten als die staatliche Regelschule – einer Minderheit von Schülerinnen und Schülern besser gerecht werden und damit allenfalls sonderpädagogische Massnahmen, Klassenrepetitionen oder weitere soziale Folgekosten teilweise vermieden werden könnten?

7. Ist die Regierung bereit, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass «Freie Schulen» ins öffentliche Bildungssystem integriert werden können?»

20. Juni 2025

Sarbach-Wil
Müller-Lichtensteig
Cavelti Häller-Jonschwil